DIENSTANWEISUNG

über die Zuständigkeit bei Durchführung von Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen der Stadt Bergkamen vom 01.10.2011

In Ergänzung des § 26 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO) vom 16. November 2004 in der zurzeit gültigen Fassung wird hiermit folgende Dienstanweisung erlassen:

Der Inhalt dieser Dienstanweisung umfasst nur die Bestimmungen des § 26 GemHVO. Die in anderen Gesetzen oder Rechtsverordnungen getroffenen Regelungen über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Ansprüchen bleiben unberührt; dies gilt insbesondere für die öffentlichen Abgaben.

§ 1

Zuständigkeit der beteiligten Stadtämter

Die Zuständigkeit sowie die zwingend notwendige Zusammenarbeit der einzelnen Stadtämter mit der Finanzbuchhaltung werden wie folgt geregelt:

- a) Für Stundung, Niederschlagung oder Erlass einer Forderung sind die einzelnen Stadtämter (außer Finanzbuchhaltung – SG 21) zuständig. Diese holen im Zweifelsfall eine Stellungnahme der Finanzbuchhaltung ein, bevor sie eine Forderung stunden oder niederschlagen.
- b) Die Finanzbuchhaltung kann eine Beitreibung vorläufig aussetzen, wenn nach pflichtgemäßem Ermessen die Voraussetzungen für eine Stundung, Niederschlagung oder einen Erlass der Forderung vorliegen. Hierbei hat die Finanzbuchhaltung unverzüglich die Entscheidung des zuständigen Fachamtes herbeizuführen.

- c) Für die Erhebung sowie Stundung, Niederschlagung und Erlass von Nebenforderungen (Gebühren, Säumniszuschlägen und Kosten) nach der Verordnung zur Ausführung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW ist ausschließlich die Finanzbuchhaltung zuständig.

§ 2

Stundung

Der Fälligkeitstag einer Zahlungsverpflichtung wird durch ihre Stundung hinausgeschoben (§ 26 (1) GemHVO).

Forderungen der Gemeinden dürfen, soweit eine Stundung bei Leistung der in Frage kommenden Art nicht allgemein üblich ist, nur unter besonderen Umständen gestundet werden. Eine Stundung ist nur zulässig, wenn die Erfüllung der Verbindlichkeiten durch sie nicht gefährdet erscheint.

Anträgen auf Stundung ist grundsätzlich nur dann stattzugeben, wenn auch nach sorgfältiger Prüfung der Verhältnisse des Schuldners und unter Berücksichtigung der Belange der Gesamtheit eine Ausnahmebehandlung zulässig ist. Bei der Prüfung der Verhältnisse des Schuldners ist ein strenger Maßstab anzulegen.

Dabei sind folgende Richtlinien zu beachten:

- a) Die Einziehung des Anspruchs bei Fälligkeit würde eine erhebliche Härte für den Schuldner bedeuten.
- b) Es muss ein sicherer Anhalt bestehen, dass entweder die Schuld nach Ablauf der Stundung entrichtet wird (weil z.B. mit einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners zu rechnen ist) oder, dass die Vollstreckungsmaßnahmen gegen den Schuldner zurzeit keinen Erfolg haben würden.
- c) Offensichtlich böswilligen Schuldnern kann eine Stundung grundsätzlich nicht bewilligt werden.
- d) Die Dauer einer Stundung richtet sich nach dem Einzelfall. Sie ist möglichst kurz zu bemessen und soll einen Zeitraum von 6 Monaten nicht überschreiten. Eine Stundung kann höchstens bis zu einem halben Jahr vor Ablauf der Verjährungsfrist gewährt werden. In der Regel soll die Stundungsdauer nicht über den Ablauf eines Rechnungsjahres hinausgehen, soweit es sich nicht um Fälle handelt, die in den letzten Monaten des Rechnungsjahres entstehen.
- e) Die gestundeten Beträge sind angemessen zu verzinsen. Der Stundungszins wird auf 0,5 % pro Monat festgesetzt.

Die Zinserträge sind kein Bestandteil der Forderung und werden daher in der vorgesehenen Buchungsstelle, getrennt von der Ursprungsforderung vereinnahmt.

§ 3

Niederschlagung

a) Befristete Niederschlagung

Das Niederschlagen einer Forderung bedeutet, dass von ihrer zwangsweisen Einziehung zeitweise abgesehen wird (§ 26 (2) GemHVO).

Bei der Niederschlagung handelt es sich um eine verwaltungsinterne Maßnahme. Durch sie wird auf die Forderung nicht verzichtet, sondern der bereits fällige Anspruch nur einstweilen nicht geltend gemacht. Die Niederschlagung bedarf keines Antrags; ebenso ist eine Mitteilung an den Schuldner nicht erforderlich.

Ansprüche dürfen nur dann niedergeschlagen werden, wenn die Beitreibung wegen der wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners vorübergehend keinen Erfolg verspricht, oder wenn die Kosten der Einziehung außer Verhältnis zur Höhe des Anspruchs stehen.

Die niedergeschlagenen Forderungen sind im Fachamt in einer Niederschlagungsliste festzuhalten und dort weiter zu verfolgen. Das zuständige Fachamt (nicht die Finanzbuchhaltung) hat die Angelegenheit einmal im Jahr zum 30.06. zu überprüfen.

Soll eine erneute Einziehung versucht werden, ist der Finanzbuchhaltung entsprechend schriftlich Mitteilung zu machen. Dabei sind notwendige Feststellungen, wie Wohnsitz usw. vom Fachamt zu treffen.

Dem Schuldner tritt die Niederschlagung nur in der Form einer einseitigen "Stundung", d.h. der Nichtgeltendmachung eines fälligen, nicht gestundeten Anspruchs in Erscheinung. Verwaltungstechnisch sind die niedergeschlagenen Forderungen als Aufwand zu buchen und, wenn die Voraussetzungen für die Niederschlagung nachträglich weggefallen sind, erneut zum Soll zu stellen.

Wenn die Verfolgung der Forderungen über einen längeren Zeitraum (mindestens die normale Verjährungsfrist) aussichtslos verbleibt, ist nach § 4 dieser Dienstanweisung zu verfahren.

b) Unbefristete Niederschlagung

Eine Überwachung ist jedoch nicht zwingend notwendig, wenn eine künftige Einziehung vollständig unmöglich erscheint, z.B., wenn ein neues Einkommen oder Vermögen nicht denkbar ist. In diesen Fällen kommt eine Niederschlagung ohne Überwachung in Betracht. Diese Niederschlagungsfälle sind daher zuvor vom zuständigen Fachamt auf die folgenden Merkmale hin zu überprüfen:

- der Aufenthaltsort des Schuldners ist nicht bekannt und nicht zu ermitteln,
- der ständige Aufenthaltsort des Schuldners befindet sich im Ausland,
- der Schuldner hat die eidesstattliche Versicherung abgegeben,
- der Schuldner hat das Rentenalter erreicht,
- über das Vermögen des Schuldners wurde ein Insolvenzverfahren eingestellt bzw. abgeschlossen oder
- aufgrund der Höhe von Vorpfändungen ist klar erkennbar, dass eine nachrangige Forderung der Stadt Bergkamen niemals wird realisiert werden können.

Für die Niederschlagung ohne Überwachung gelten folgende Grenzen:

Stadt Bergkamen	100,00 €
SEB	300,00 €
EBB	100,00 €

Das Führen von Niederschlagungslisten ist für unbefristete Niederschlagungen nicht erforderlich.

Im Übrigen gilt § 5 dieser Dienstanweisung.

§ 4

Erlass

Der Erlass ist der endgültige Verzicht auf einen Anspruch der Stadt (§ 26 (3) GemHVO). Er ist eine materielle Verfügung über Gemeindevermögen. Nach § 41 GO muss daher der Rat entscheiden, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt. Die Dezernenten entscheiden in ihrem Geschäftsbereich, ob ein vorgesehener Erlass dem Rat vorzulegen ist.

Ein Erlass darf nur ausgesprochen werden, wenn folgende Voraussetzungen wahlweise vorliegen:

- 1) Die Einziehung der Forderung bedeutet für den Schuldner nicht nur bei Fälligkeit, sondern dauerhaft eine besondere Härte. In diesem Fall muss der Schuldner an sich zur Erfüllung seiner

Verpflichtung in der Lage sein. Besondere Billigkeitserwägungen müssen es trotzdem angezeigt erscheinen lassen, von der zwangsweisen Einziehung abzusehen. Diese Umstände dürfen nur wirtschaftlicher und rechtlicher Natur sein. Niemals dürfen Umstände lediglich persönlicher Art maßgebend sein. Bei dem Verzicht auf den Anspruch aus Billigkeitsgründen können die Grundsätze sinngemäß gehandhabt werden, die im Steuerrecht für den Billigkeitserlass von Steuern (§ 227 AO 1977) entwickelt worden sind.

- 2) Es muss endgültig feststehen, dass die Forderung nicht eingezogen werden kann. Der Nachweis hierfür kann durch die Niederschrift über die Pfändung erbracht werden.
- 3) Wenn die Kosten in keinem angemessenen Verhältnis zur Forderung stehen. Ist die Forderung so gering, dass die Kosten der Einziehung höher oder beinahe gleich hoch wie die Forderung sind, so soll aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung auf die Beitreibung verzichtet werden. Aus besonderen Gründen kann aber in Ausnahmefällen wegen der grundsätzlichen Bedeutung weiter zwangsweise vorgegangen werden.

Der Erlass einer Forderung liegt dann nicht vor, wenn der Verzicht auf den Anspruch sich aus einem Gesetz oder einer rechtsbegründenden Anordnung der Aufsichtsbehörden oder aus einem rechtskräftigen Urteil ergibt.

§ 5

Entscheidung über Stundung, Niederschlagung und Erlass

Die Zuständigkeit für die Entscheidung über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen wird wie folgt geregelt:

a) Amtsleiter	Betrag bis 6.000,00 Euro
b) Dezernenten für ihr jeweiliges
Dezernat	Betrag bis 20.000,00 Euro
c) Bürgermeister	Betrag bis 30.000,00 Euro
d) Haupt- und Finanzausschuss	Betrag bis 550.000,00 Euro
e) Rat	Betrag über 550.000,00 Euro

Bei besonders wichtigen Fällen oder solchen von grundsätzlicher Bedeutung entscheidet nach § 41 GO NW der Rat der Stadt Bergkamen.

§ 6

Inkrafttreten

Diese Dienstanweisung tritt mit dem 01.10.2011 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Zuständigkeitsregelung vom 01.07.2006 außer Kraft.

Bergkamen, 30.09.2011
Der Bürgermeister

Schäfer